

Das „Revolutions-Denkmal“ in der Kieler Innenstadt am Kleinen Kiel erinnert an die Ereignisse im November 1918. Der Bildhauer Hans-Jürgen Breuste will mit seiner Skulptur „Feuer aus den Kesseln“ an jene Heizer auf deutschen Kriegsschiffen der Kaiserlichen Marine erinnern, die sich am Ende eines mörderischen Krieges nicht mehr von ihren vorgesetzten Offizieren für „fremde Ehre“ opfern lassen wollten. Für Breuste ist ein Kunstwerk ein Zeichen für: „*Die Kräfte der Steine und die Kräfte, die Steine bersten lassen.*“

Die Herrschaft der alten Mächte, der Ruhrbarone und der ostelbischen Junker, war ins Wanken gekommen. Die seit Jahrzehnten unterdrückte Arbeiterschaft verlangte nach politischem Einfluß.

Wer sich zu oder in das monumentale Kunstwerk begibt, spürt die Macht der gesellschaftlichen Klassen jener Zeit und ihre Dynamik, denkt an deren Kraft zur ständigen Veränderung der Verhältnisse, die vielleicht durch die Granit- und Stahlkonstruktion symbolisiert werden soll. Wem hier ausschließlich die Kosten für das Objekt einfallen, dem sei empfohlen, sich in den Schloßpark zu bewegen, und sich dort an der Darstellung von Pferd und Kaiser Wilhelm zu erfreuen.

Aber es dauerte lange, bis sich die politischen Verantwortlichen Kiels auch zu diesem Teil ihrer Stadtgeschichte bekannten. Soldaten und Arbeiter, die gegen Krieg und Rüstungsindustrie Protest erheben, passen auch heute noch nicht in die Ordnungs- und Gedankenwelt eines jeden. Es sei hier nur an den öffentlichen Aufschrei nicht nur militaristischer Kreise erinnert, als jüngst die Städte Bremen und München den Deserteur des zweiten Weltkrieges ein Denkmal setzten.

## **Eckhard Colmorgen/ Bernhard Liesching Ein Denkmal der No- vemberrevolution 1918 in Kiel**

*„Die Kräfte der Steine und die Kräfte, die Steine bersten lassen“. Das „Revolutions-Denkmal“ des Bildhauers Hans-Jürgen Breuste in der Kieler Innenstadt.*



Schon die existierenden Denkmäler in Kiel und Umgebung kennzeichnen die Geschichte der Stadt. Seit der Reichsgründung 1871 hatte Kiel die „Ehrenbezeichnung“ Kriegsmarinestadt. Das Bismarck-Denkmal, Kaiser Wilhelm I. zu Pferde, das Kriegerdenkmal an den gewonnenen Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 sowie natürlich das U-Boot-Ehrenmal Möltenort und das Marine-Ehrenmal in Laboe beherrschen Plätze und Orte. Für Sozialdemokraten und die Kieler Arbeiterbewegung gibt es da nichts zu ehren. Nicht Kriegsverherrlichung und Nationalismus, sondern Kriegsgegnerschaft, Internationalismus und Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten sind die Traditionslinien der deutschen Arbeiterschaft.

Endlich sollte nun auch in Kiel öffentlich daran erinnert werden, daß Matrosen und Arbeiter dieser Stadt im Jahre 1918 den Anstoß dazu gegeben hatten, daß das Kaiserliche Reich zusammenbrach und der Weg zu demokratischen Reformen und zur Republik eingeschlagen wurde. Im April 1978 – angesichts des 60. Jahrestages der „November-Revolution“ – sprach sich die sozialdemokratische Fraktion in der Kieler Ratsversammlung für einen „Ideenwettbewerb zur Aufstellung eines künstlerischen Zeichens zur Erinnerung an die Ereignisse vom November 1918“ aus.<sup>1</sup> Doch dieses Bekenntnis zur eigenen Geschichte sollte eine sicherlich nicht erwartete und auch nicht erwünschte öffentliche Debatte auslösen. Denn die Ereignisse vom November 1918 gehören immer noch zur umstrittenen Vergangenheit der Sozialdemokratie, und selbstverständlich werden diese auch von den politischen Strömungen der Gesellschaft unterschiedlich bewertet.

Für die heute noch übriggebliebenen Monarchisten war die Einschätzung eindeutig. Friedrich-Ferdinand Prinz zu Schleswig-Holstein und gleichzeitig Vorsitzender des Landesverbandes des Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser lehnte ein Mahnmal für „Meuterer“ ab.<sup>2</sup> Auch die Ratsherrenfraktion der CDU der Kieler Ratsversammlung wollte die Existenz der Plastik nicht dulden und blieb der Einweihung des „Breuste-Denkmal“ fern. Nur der Stadtpräsident, Eckart Sauerbaum, ebenfalls CDU-Mitglied, mochte dem Ansehen seines Amtes nicht schaden und war am 16. Juni 1982 anwesend.

In der sich anschließenden Diskussion über die Namensumbenennung des Geländes am Kleinen Kiel geriet die SPD-Fraktion in Bedrängnis, als die CDU – von dem ihr nahestehenden Kieler Historiker Professor Erdmann eines Besseren belehrt und auf die damals „widersprüchlichen Kräfte“ aufmerksam gemacht – den Antrag in die Ratsversammlung einbrachte, den Standort des Denkmals in Zukunft „Gustav-Noske-Park“ zu nennen.<sup>3</sup> Sollte nun tatsächlich der auch von eigenen Genossen so bezeichnete „Bluthund“ Noske hier in Kiel geehrt werden und damit der eigentliche Sinn und Zweck des Vorhabens, an die Revolutionsereignisse zu erinnern, derart verändert werden? Die sozialdemokratische Fraktion mochte sich nicht auf diese „ausgewogene“ Darstellung von Geschichte einlassen, sie konnte sich aber auch nicht zu einem klaren Stand-

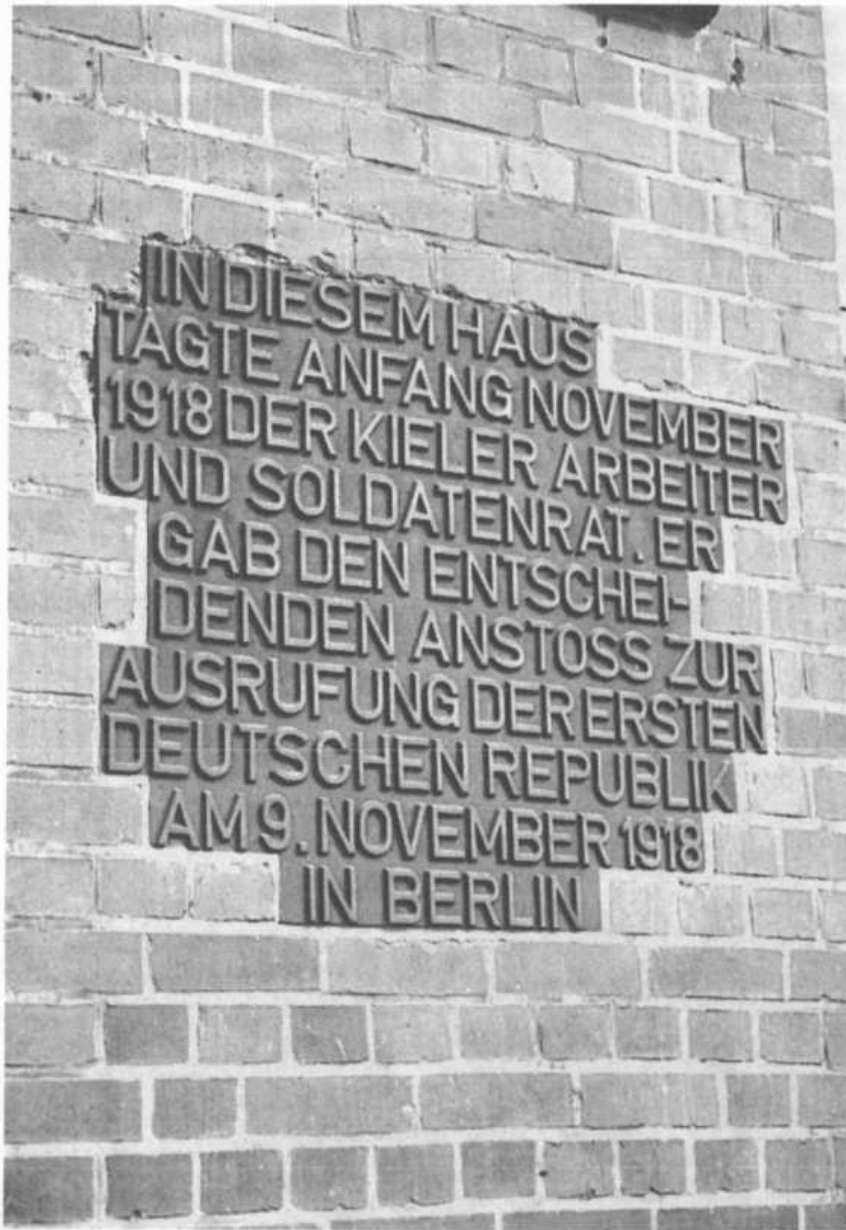
<sup>1</sup> vgl. Kieler Nachrichten v. 27. Mai 1982 und 17. Juni 1982.

<sup>2</sup> siehe dazu den Historiker Dirk Dähnhardt in seinem „Offenen Brief“ in der Kieler Rundschau v. 3. Juni 1982.

<sup>3</sup> Kieler Nachrichten v. 15. September 1982.

punkt entschließen und den Platz nach den beiden schon 1917 rebellierenden und deshalb hingerichteten Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis benennen. Das „Revolutions-Denkmal“ von dem Hannoveraner Hans-Jürgen Breuste steht also noch heute im „Ratsdienergarten“ am Kleinen Kiel.<sup>4</sup>

Einfacher machten es sich da die Kieler Gewerkschaften. Den 60. Jahrestag der Wiederkehr der November-Ereignisse konnte der DGB-Kreis Kiel am 9. November 1978 in einer Feierstunde im Gustav-Garbe-Saal des Gewerkschaftshauses begehen. Das Kieler Gewerkschaftsgebäude in der heutigen Legienstraße war in den damaligen stürmischen Zeiten Versammlungsort der Arbeiter und Matrosen gewesen. Der Saal, in dem sich der Kieler Arbeiterrat konstituierte, ist heute nach dessen Vorsitzenden Gustav Garbe benannt. Die vor der Feierstunde enthüllte Inschrift an der Außenwand des Gebäudes erinnert an diesen Tagungsort und teilt mit, daß von hier aus der Anstoß zur Ausrufung der ersten deutschen Republik gegeben wurde.<sup>5</sup> Aber es blieb unerwähnt, daß auch in Kiel sozial-



<sup>4</sup> „Wenige Ereignisse der neueren deutschen Geschichte sind bis heute so umstritten geblieben wie die Revolution von 1918/19. In den 50er Jahren schien sich in der nichtkommunistischen Geschichtsschreibung ein gewisser Konsens herauszubilden. Er fand seinen prägnantesten Ausdruck in der These Karl Dietrich Erdmanns, es sei 1918/19 um eine klare Alternative gegangen, nämlich entweder ‚die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps‘. In der Zwischenzeit sind jedoch gegen diese Interpretation so viele Einwände vorgebracht worden, daß das zitierte Verdikt nicht mehr als herrschende Lehre gelten kann. Dieses Prädikat kommt eher der revisionistischen Auffassung zu, daß die wirkliche Alternative zur ‚Weimarer Lösung‘ schon deswegen nicht im Kommunismus liegen konnte, weil dieser in den ersten Monaten nach Kriegsende noch keine Massenbasis hatte. Vielmehr sei es um grundlegende Veränderungen der überkommenden Machtstruktur gegangen die mit Hilfe der anfangs überwiegend sozialdemokratisch orientierten Rätebewegung durchzusetzen gewesen wären, wenn die Führer der Mehrheitssozialdemokraten dies nur gewollt hätten. In Übereinstimmung mit Arthur Rosenberg, der 1935 als erster Historiker die Position des ‚dritten Weges‘ umrissen hat, messen die meisten revisionistischen Autoren den Versäumnissen und Fehlentscheidungen der Gründungsphase eine für das weitere Schicksal der Weimarer Republik verhängnisvolle Bedeutung bei.“ (Heinrich August Winkler: Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Berlin, Bonn 1979, S. 5 f.).

<sup>5</sup> vgl. Kieler Nachrichten v. 10. November 1978.

An der Außenmauer des Gewerkschaftshauses in der Legienstraße befindet sich diese Inschrift.

demokratische Arbeiter die Chance des Machtbesitzes zur Durchsetzung weitergehender Forderungen nutzen wollten. Der Sozialdemokrat Noske verhinderte dank seiner Autorität unter den Matrosen die Ausrufung Schleswig-Holsteins zur Republik. In seinem Grußwort an die Versammelten im Gewerkschaftshaus warnte der sozialdemokratische Stadtpräsident des Jahres 1978 davor, das historische Erbe der November-Revolution einseitig für eine bestimmte politische Richtung in Anspruch zu nehmen.

Welchen hohen Stellenwert sozialdemokratische Arbeiter der Erinnerung an die Traditionen des November 1918 beimäßen, zeigten im Jahre 1934 einige von ihnen. Als Nationalsozialisten schon längst Parteien und Gewerkschaften zerschlagen hatten, machten sie auf die revolutionären Ereignisse in ihrer Stadt aufmerksam. SPD-Mitglieder erneuerten im November die Schrift des Gedenksteins auf dem Eichhof und gingen dabei das Risiko ein, verhaftet zu werden, was auch geschah.<sup>6</sup>

*Nur wenigen Kielern ist wohl diese Gedenkstätte in einer entlegenen Ecke des Eichhof-Friedhofs (nahe dem Eingang Kopperpähler Allee) bekannt.*



<sup>6</sup> siehe Horst Peters: Antifaschistischer Widerstand in Kiel. Schwer nachzuweisen – aber es gab ihn. In: Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein, Info Nr. 6, Kiel 1985, S. 8.



Zum „Revolutions-Denkmal“, zu Gedenkstein und Gedenktafel auf dem Eichhof-Friedhof bzw. an dem Gewerkschaftshaus gibt es verschiedene sozialdemokratische Positionen.

Auch während der Ereignisse zur Jahreswende 1918/19 verhielten sich Sozialdemokraten unterschiedlich. Menschen, die aus der gleichen Tradition kamen oder diese für sich beanspruchten, standen in den letzten Kriegsjahren und während der Revolution konträr gegeneinander.

Wir wollen einige Repräsentanten der damals gespaltenen Sozialdemokratischen Partei exemplarisch herausgreifen und ihre politischen Vorstellungen und das daraus resultierende Verhalten in jenen ersten Novembertagen miteinander vergleichen. (Eine lückenlose Darstellung der „Revolution in Kiel“ findet sich in der gleichnamigen Schrift von Dirk Dähnhardt.)<sup>7</sup>

Zu den zeitgenössischen Schilderungen der Kieler Ereignisse gehört die des Chefredakteurs der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“.

Bernhard Rausch veröffentlichte noch im November 1918 seine Broschüre *„Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung“*<sup>8</sup>. Als Antwort brachte der Kieler Vorsitzende der USPD, Lothar Popp, im darauffolgenden Dezember eine Broschüre mit dem Titel *„Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand.“* heraus.<sup>9</sup> Diese beiden Schriften sind von Bedeutung, weil es die einzigen zusammenfassenden Darstellungen der Ereignisse von Beteiligten sind. Hinzu kommt eine dritte Schrift, die vom damaligen Gouverneur Gustav Noske – *„Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution.“* – aus dem Jahre 1920.<sup>10</sup>

Nun muß sicherlich dabei beachtet werden, daß nicht alle Autoren den Versuch einer wissenschaftlichen Beschreibung – im Sinne eines Historikers – unternahmen. Aber gerade diese Tatsache ist hier für uns von Vorteil, weil ja deren politische Ideen dadurch deutlich hervortreten.

Schon in dem jeweiligen Vorwort ihrer Schriften sind die unterschiedlichen Intentionen einer Veröffentlichung angesprochen.

Der Zeitungsreporter Rausch möchte die Umstände der „Kieler Matrosenerhebung“ bekannter machen, da über dem *„übrigen Deutschland unter der sogenannten Volksregierung des badischen Prinzen noch immer der bleierne Druck des Belagerungszustandes lastete“*<sup>11</sup>.

Der Zensur will das Mitglied der MSPD, Rausch, entgegen treten, da die Matrosenerhebung *„für ihre Erscheinungsformen von vorbildlicher Bedeutung“* gewesen ist.

Lothar Popp schildert in seiner Broschüre, die durch die Mitarbeit seines Nachfolgers im Vorsitz des Obersten Soldatenrates Kiel, Karl Artelt, entstanden ist, *„den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse“*. Als Korrektur zum Bericht des VZ-Redakteurs soll *„vor allem die historische Rolle, die die Unabhängige sozialistische Partei bei den Ereignissen gespielt hat“* aufgezeigt werden. Abschließend äußert Popp in dem Vorwort

<sup>7</sup> Dirk Dähnhardt: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1978.

<sup>8</sup> Bernhard Rausch: Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung, Kiel. 1918.

In: Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung, Sonderveröffentlichung 15 der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Kiel 1983.

<sup>9</sup> Lothar Popp unter Mitarbeit von Karl Artelt: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand, Kiel o. J. (1918).

In: Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung, Sonderveröffentlichung 15 der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Kiel 1983.

<sup>10</sup> Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920.

<sup>11</sup> Rausch, S. 3.

seine Hoffnung, „daß die Broschüre dazu beitragen wird, das Klassenbewußtsein innerhalb der Arbeiterschaft zu wecken und es manchem erleichtert, den Weg zu erkennen, den er zu gehen hat.“<sup>12</sup>.

Sind diese beiden Broschüren als Agitationsschriften zu bezeichnen und aufgrund ihrer zeitlichen Nähe zu dem Geschehen – sozusagen im Kampfgetümmel geschrieben – entsprechend emotional und manchmal mit revolutionärem Elan mitreißend verfaßt, so schildert Gustav Noske von einer anderen Warte. Noske beschreibt in seinem Buch rückblickend das Geschehen seit den ersten Novembertagen 1918, an dem er „an hervorragender Stelle in Deutschland“ teilgenommen hatte, bis zu seiner Entlassung als Wehrminister unmittelbar nach dem mißlungenen Putsch reaktionärer Offiziere um Kapp und Lüttwitz im März 1920. Es ist wohl eine Rechtfertigung für sein bisheriges Handeln, und der ehemalige Minister profiliert sich – mit einem modernen Wort gesagt – ganz als Realpolitiker. Im Vorwort würdigt Noske „die große Bedeutung der Revolution für den Fortschritt“ und sieht die Möglichkeit, aus dem Geschehen zu lernen, „da der große Revolutionierungsprozeß unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse noch lange nicht abgeschlossen ist“<sup>13</sup>.

Zu den damaligen politischen Machtverhältnissen:

In den Reichstagswahlen von 1914 dominierte seit der Aufhebung der Sozialistengesetze im Wahlkreis Kiel-Neumünster die sozialdemokratische Partei. Seit den Wahlen im Jahre 1903 war der SPD-Mann und Erste Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien, der Reichstagsabgeordnete für Kiel. Das undemokratische preußische Dreiklassenwahlrecht und auf kommunaler Ebene das Zensuswahlrecht verhinderten ähnliche Verhältnisse in der Stadt. Die Geschicke Kiels wurden von Vertretern des „Bürgerblocks“ bestimmt, obgleich die SPD schon 1910 über 50 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, jedoch erst 1918 die Hälfte aller Abgeordneten erhielt.

Ein anderer wichtiger Machtfaktor – außer der Marineverwaltung bzw. dem Gouverneur – war das Kieler Gewerkschaftskartell mit seinen über 22 000 Mitgliedern im Jahre 1913.

Die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914, ihre bedingungslose Politik der Landesverteidigung sowie die schlechte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den Kriegsjahren führten zu einigem Unmut innerhalb der Sozialdemokratie. Den Höhepunkt dieser innerparteilichen Auseinandersetzung bildete eine Versammlung im Kieler Gewerkschaftshaus. Am 20. Januar 1916 traten sich hier die Reichstagsabgeordneten Legien (für die Mehrheit) und Ledebour (für die Minderheit) gegenüber. Der Bruch der Partei im Reich war nicht mehr zu verhindern und manifestierte sich ein Jahr später offiziell in der Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Das Abstimmungsergebnis der Abschlußresolution auf jener denkwürdigen Veranstaltung verdeutlicht die Mehrheitsverhältnisse in Kiel. Vier Fünftel der Anwesenden stimmten für

<sup>12</sup> Popp, S. 3.

<sup>13</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 5.

<sup>14</sup> vgl. Dähnhardt, S. 34.

die Resolution und damit für die spätere MSPD. Jene hatte auch den größten Einfluß unter den Arbeitern in den Betrieben und der Gewerkschaft; auch die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ zählte zu ihrem Besitz.

Die wirtschaftliche Struktur des kaiserlichen Kiels kann ohne Zögern als „Monokultur“ bezeichnet werden, die einseitig auf die kaiserliche Marine ausgerichtet war und somit die Stadt Kiel und den einzelnen Erwerbstätigen auf „Gedeih und Verderb“ mit der Marine verband.<sup>15</sup>

Diese Entwicklung hatte 1871 mit der Umwandlung Kiels zum Reichskriegshafen begonnen: Maßgebend war die Herausbildung der drei Werften, der späteren Kruppschen Germaniaerft, der Kaiserlichen Werft und der Howaldtwerke, zu Großbetrieben von internationalem Maßstab, die bis auf die Dietrichsdorfer Werft fast ausschließlich Kriegsschiffe produzierten.

Dieser rasante Industrialisierungsprozeß verursachte natürlich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, das weniger durch Eingemeindungen der Stadt oder Geburtenüberschuß bedingt war, sondern dessen Ursache bei den Zuwanderern lag, die Arbeit auf den Kieler Werften suchten.

Hatte Kiel im Jahre 1871 eine Bevölkerung von etwa 32 000 Menschen, so erreichte die Stadt 1918 eine Bevölkerungszahl von 243 000; nur wenige Städte im Reich konnten eine ähnliche Entwicklung aufweisen.

Ein spezifisches Kennzeichen der Bevölkerungsstruktur im kaiserlichen Kiel bildete der hohe Anteil an Militärpersonal, der während der Kriegsjahre seinen Höhepunkt mit ca. 50 000 Militärangehörigen erreichte, die im Bereich des Reichskriegshafens lebten.

Im Jahre 1918 betrug der Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen 70 % in der Stadt, dies lag deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Auffällig ist die hohe Rate von 57 000 Zuwanderern und 45 000 Abwanderern in diesem Jahr in Kiel.<sup>16</sup>

Während des Krieges hatte die Kieler Bevölkerung trotz des eingeführten Bewirtschaftungssystems mit Lebensmittelkarten unter der schlechten Ernährungssituation zu leiden. Besonders waren davon jene ärmeren Bevölkerungsschichten, die ungefähr 75 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, betroffen, da sie sich teure Lebensmittel, die außerhalb des Bewirtschaftungssystems frei käuflich waren, nicht leisten konnten. Zudem stand ihnen der Schwarze Markt mit seinen hohen Preisen nur eingeschränkt zur Verfügung.

Schon im ersten Kriegswinter waren in Kiel Engpässe bei der Kartoffelversorgung aufgetreten, die sich im Mai 1916 noch zuspitzten. Und als im sich anschließenden Winter zusätzlich die Brennstoffversorgung verringert wurde, führte dies zu Unruhen in der Bevölkerung.

In den Jahren 1914 bis 1919 waren die Lebenshaltungskosten enorm gestiegen, so daß selbst die privilegierten Arbeiter auf den Kieler Kriegswerften real weniger verdienten.<sup>17</sup>

Angesichts dieser katastrophalen Versorgungslage der Kieler Arbeiter und ihrer Familien versuchten die SPD und der

<sup>15</sup> Rüdiger Wenzel: *Bevölkerung, Wirtschaft und Politik im kaiserlichen Kiel zwischen 1870 und 1914*, Sonderveröffentlichung 7 der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Kiel 1978, S. 267 f.

<sup>16</sup> vgl. Dähnhardt, S. 26 bis 29.

<sup>17</sup> vgl. Dähnhardt, S. 39.

**Auf der Freibank**  
 wird am  
 Dienstag, den 28. Januar 1919  
**Kriegswurst**  
 mit Zusatz von frischem Pferde-  
 blut, hergestellt von der Firma  
 Hötterling & Co., an die Inhaber  
 der grünen Anzeigekarten ohne  
 Fleischmarken zum Preise von 1,50  
 Mk. für das Pfund abgegeben  
 und zwar an die Nummern  
 871—1370 vormitt. 9—10 Uhr  
 1371—1870 „ 10—11 „  
 1871—2370 „ 11—12 „  
 2371—2870 nachm. 12—1 „  
 Die Schlachthofdirektion.

Versorgungslage 1919: Kriegswurst,  
 als Delikatesse angekündigt (aus: „Re-  
 publik, Jan. 1919) – RS

Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Garbe, mit dem Gouvernment eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung herbeizuführen, was aber aufgrund der uneinsichtigen Haltung der Militärverwaltung nicht gelang.

Nach einer Arbeitsniederlegung am 15. Juni 1916 auf der Germaniawerft, der Übergriffe auf Lebensmittellager vorausgegangen waren, kam es dann unausweichlich im März 1917 zu größeren Demonstrationen: zwischen 17 000 und 26 000 Personen gingen jetzt auf die Straße. Den größten Teil von ihnen bildeten Arbeiter der Germaniawerft und der Howaldtswerke, aber auch Kollegen aus den staatlichen Torpedowerkstätten in Friedrichsort und der Kaiserlichen Werft hatten sich angeschlossen.

Dieser Streik wurde nach wenigen Tagen durch eine Abstimmung beendet. Aber hinter ihm standen als treibendes Element nicht die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, sondern der Streikbeschluß erfolgte spontan, was vermuten läßt, daß die Arbeiter zu diesem Zeitpunkt ihren Organisationen schon weitgehend entglitten waren. Da es sich weder um eine Lohnforderung noch um einen Kampf zur Verbesserung ihrer Arbeitssituation gehandelt hatte, erhielten die streikenden Arbeiter keine finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaft.

Erstmals erschienen auf der Germaniawerft Flugblätter, die politische Forderungen nach Frieden und Freiheit aufstellten. Diese Entwicklung, daß immer stärker politische Forderungen das Bewußtsein der Streikenden mitbestimmten, geschah vor dem Hintergrund der russischen Oktoberrevolution und der deutschen Kriegszielpolitik. „Allgemeiner Waffenstillstand zum Zwecke eines auf allen Seiten annexionslosen Friedens“, wie eine Forderung der USPD lautete, stieß auf breite Zustimmung bei der Arbeiterschaft.<sup>18</sup>

Anläßlich der Einberufung mehrerer Vertrauensleute zum Heer traten am 25. Januar 1918 die Arbeiter der Torpedowerkstätten in den Streik. Schon bald schlossen sich die Belegschaft der Germaniawerft und die Kollegen weiterer zehn Rüstungsbetriebe in Kiel an.

Längst ging es um allgemeine politische Forderungen wie die Mitwirkung des Reichstages an Friedensverhandlungen, gegen einen Annexionsfrieden, um die Anordnung von Neuwahlen, als sich am 29. Januar über 30 000 Arbeiter auf dem Kieler Wilhelmplatz versammelten und eine Resolution, die auch die obengenannten Forderungen enthielt, an den Reichskanzler verabschiedeten.

Während in anderen Städten die Streikwelle erst ihren Höhepunkt erreichen sollte, wurde am 1. Februar schon in allen Kieler Betrieben wieder gearbeitet. Dies lag zum einen daran, daß die Gewerkschaften und die Kieler MSPD diesen Streik wieder nicht unterstützten. Wieder wurden den Streikenden keine Streikgelder ausgezahlt, da es sich um eine politische Aktion gehandelt hatte.

Zum anderen waren weder die Obleute der Torpedowerkstätten noch die Kieler USPD, die zwar ihre Hochburg bei den

<sup>18</sup> zitiert nach Dähnhardt, S. 43.





Die Kaiserliche Hochseeflotte am 3. August 1918 in der Kriegsmarinestadt Kiel.

Noch im August 1917 wurde die „Meuterei“ der Matrosen auf einzelnen Schiffen vor Wilhelmshaven niedergeschlagen. 76 Matrosen und Heizer wurden zu langen Freiheitsstrafen verurteilt, Max Reichpietsch und Albin Köbis sogar hingerichtet. Als dann im Oktober 1918 zu der schlechten Versorgung mit Lebensmitteln und der als ungerecht empfundenen Behandlung durch die Vorgesetzten auch noch das Gerücht sich verbreitete, daß ein Auslaufen der Flotte zum Manöver in Wirklichkeit dem Plan der Admiralität für eine letzte heroische Seeschlacht für eine letzte heroische Seeschlacht diente, kam es erneut zu Befehlsverweigerungen. Wiederum gelang es den Offizieren, die Revolte niederzuschlagen: die Disziplin der Mannschaften konnte jedoch nicht wieder hergestellt werden. Mit der Verlegung des III. Geschwaders mit den Schiffen „König“, „Bayern“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz“ und „Markgraf“ mit über 5000 Mann Besatzung am 1. November in den Kieler Hafen hoffte die Flottenleitung, die Unruhen eindämmen zu können. Doch die Matrosen verbündeten sich mit den Arbeitern der Kieler Werften. Zwei Tage später wehte auf allen Schiffen die Rote Fahne der Revolution (Foto: Stadtarchiv Kiel).

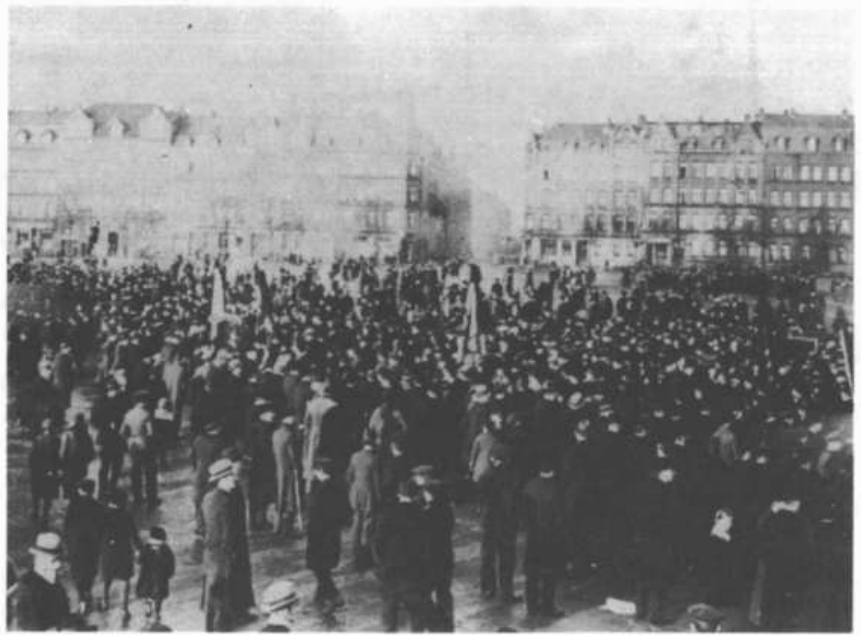
Friedrichsorter Arbeitern hatte, in der Lage, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu scharen, um den Streik erfolgreich zu beenden.

Ferner reagierten die staatlichen Organe mit Gegenmaßnahmen, indem sie Schritte gegen die USPD und die angeblichen Rädelsführer einleiteten. So wurden Lothar Popp und zwei USPD-Arbeiter am Tage nach der großen Demonstration verhaftet und vor einem außerordentlichen Kriegsgericht verurteilt.<sup>19</sup>

Genügend sozialer und politischer Sprengstoff gegen die bestehende Ordnung des Kaiserreichs war also im November 1918 in Kiel vorhanden. Als nun am 1. November das III. Geschwader der meuternden Kriegsmarine aus Wilhelmshaven nach Kiel verlegt wurde, kam der notwendige Funke dazu. Die Matrosen der Kaiserlichen Hochseeflotte hatten nämlich schon im September 1917 gegen die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln und die ungerechte Behandlung durch vorgesetzte Offiziere rebellierte. Im Oktober 1918 verhinderten sie das Auslaufen der Kriegsflotte, da sie sich nicht zum Ruhme der deutschen Admiralität und des Kaisers in einer sinnlosen Schlacht gegen die englische Flotte opfern lassen wollten. Der Flottenchef versuchte die Disziplin unter den Mannschaften wieder herzustellen, indem er einen Teil der rebellierenden Flotte in einen anderen Hafen verlegte. In Kiel angekommen, trafen sich auf Landurlaub befindliche Matrosen aber sofort im Gewerkschaftshaus, um ein erneutes Auslaufen der Flotte zu verhindern. Gleichzeitig verlangte man die Freilassung der inhaftierten Kameraden und unterstrich diese Forderung auf mehreren Versammlungen, bis sich am 3. November ein Demonstrationzug auf dem Exerzierplatz im Viehburger Gehölz mit dem Ziel Arresthaus in der Feldstraße formierte. Als dann ein Zug der Torpedo-Division die Menge in der Karl- und Brunswiker Straße durch Waffengewalt stoppte, hatte die Revolution ihre ersten Opfer gefunden.

<sup>19</sup> siehe Popp, S. III-7.

Versammlung auf dem Wilhelmplatz am 10. November 1918, dem Tage der Beerdigung der Opfer der Revolution vom 3. November. (Blickrichtung vom heutigen Arbeitsamt über den Platz zur Weißenburgstraße). Lothar Popp berichtet über eine Versammlung am 5. November, auf der er als Redner auftrat: „Ich erinnerte dann an die historische Bedeutung, die der Wilhelmplatz in Kiel für das revolutionäre Proletariat während der letzten Jahre erlangt hatte, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diesmal der Bewegung ein voller Erfolg beschieden sei...“ (Foto: Stadtarchiv Kiel).



Der Redakteur der Volks-Zeitung bewertete das Geschehen folgendermaßen:

*„Blut war geflossen! Mit krachenden Gewehrsalven hatte man das stürmische Rechtsbegehren der Matrosen und Arbeiter zurückgewiesen. Eine maßlose Wut zitterte in Zehntausenden, deren Herzen vor wilder Erregung schier zerspringen wollten. ... Wohl waren sich die Matrosen schon lange ihrer Macht bewußt. Aber bisher hatten sie sie noch nie angewandt. Noch am Sonntag war nur ein geringer Teil von ihnen bewaffnet gewesen. Und mit Mützenbändern lassen sich keine Straßenschlachten schlagen. Jetzt aber wußten sie, was zu tun war: bewaffnen!“<sup>20</sup>*

Dies war gleichzeitig das auslösende Ereignis für die spontane Bildung von Soldatenrat und Arbeiterrat am darauffolgenden Tag, und damit der Beginn des Machtwechsels in Kiel. An führender Stelle beteiligt war der Vorsitzende der Kieler USPD, Lothar Popp, der an die Spitze des Soldatenrates gewählt wurde. Popp hatte den Vorsitz seiner Partei erst im Frühjahr 1918, aus Hamburg kommend, übernommen, weil die bisherigen Vorsitzenden wegen Landesverrats verhaftet und zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Auch Pops politische Tätigkeit wurde kurzfristig von der Staatsmacht unterbunden, als er im Januarstreik 1918 eine nicht genehmigte Versammlung veranstaltete und dafür eine zweimonatige Gefängnisstrafe erhielt.<sup>21</sup>

Im November übernahm Popp den Vorsitz des Soldatenrates von Noske, den er am 10. Dezember wieder abgab, um dann das Kieler USPD-Blatt „Die Republik“ herauszugeben.<sup>22</sup>

Auch Karl Artelt wurde 1917 als Streikführer auf der Germaniaerwerft zu sechs Monaten Haft verurteilt. Wie aber fast alle Verurteilten wurde er zum Militär eingezogen und von dort als gesuchter Facharbeiter in der Rüstungsindustrie zur Torpedowerkstatt in Friedrichsort abkommandiert.<sup>23</sup> Als Redner für die USPD auf Versammlungen wurde er bekannt und trat im

<sup>20</sup> Rausch, S. II-15.

<sup>21</sup> vgl. Popp, S. III-7 und Dähnhardt, S. 34f.

<sup>22</sup> vgl. Dähnhardt, S. 136.

<sup>23</sup> vgl. Dähnhardt, S. 56.

Dezember 1918 die Nachfolge Popp als Vorsitzender des Obersten Soldatenrates an. Am 5. Januar 1919 gab er diese Position wieder auf. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Artelt danach, allerdings nur für einige wenige Tage, Vorsitzender des „roten Soldatenbundes“ wurde. Dieser Soldatenbund initiierte Anfang Februar 1919 in Kiel den sogenannten „Spartakus-Aufstand“<sup>24</sup>. Artelt war zu diesem Zeitpunkt schon in Magdeburg und gründete dort die KPD mit.<sup>25</sup>

Der SPD-Reichstagsabgeordnete Gustav Noske war die bestimmende Person der Novemberereignisse in Kiel. Als das Kriegskabinett in Berlin am 4. November die aktuellen Nachrichten aus Kiel besprach, machte Philipp Scheidemann den Vorschlag, den wehrpolitischen Experten seiner Partei im Sinne von Ruhe und Ordnung dort eingreifen zu lassen. Gemeinsam mit dem Vertreter der Regierung, Staatssekretär Haußmann, traf der Marinereferent der sozialdemokratischen Fraktion noch am Abend in der Fördestadt ein. Noske wurde dank des Vertrauens, das er unter den überwiegend sozialdemokratisch gesinnten Matrosen besaß, zum Vorsitzenden des Soldatenrats gewählt. Am 7. November entschied er sich für den einflußreicheren Posten des Gouverneurs der Garnisonsstadt Kiel. Mit seinem Eintritt in den „Rat der Volksbeauftragten“ verließ Noske Ende Dezember 1918 wieder die Provinz, um sich den bekannten Ereignissen in der Reichshauptstadt zuzuwenden.

Der seit dem Jahre 1911 die Funktion des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells ausübende Gustav Garbe war prädestiniert für die Wahl zum Vorsitzenden des Arbeiterrates. Der einflußreiche Gewerkschaftssekretär war im Kriegsjahr 1916 für einige Monate auch Vorsitzender der SPD in Kiel gewesen und gab diese Funktion wegen Arbeitsüberlastung aber wieder auf. Am 11. Januar 1919 wurde Garbe gemeinsam vom Soldaten- und Arbeiterrat zum Nachfolger Noskes als Gouverneur bestimmt.

Ebenso wie Garbe gehörte Bernhard Rausch zur Spitze der sozialdemokratischen Funktionäre in Kiel. Rausch war Chefredakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, einer Zeitung, die sich bedingungslos der „Burgfriedenspolitik“ der späteren Mehrheitssozialdemokraten verschrieben hatte.

Nun zum Verhalten der führenden Sozialdemokraten in den ersten Novembertagen.

Der Schritt Noskes, sich zum Gouverneur wählen zu lassen und aus dieser gewissermaßen unrevolutionären Position heraus, die ihrer Entstehungsgeschichte und Funktion nach dem Kaiserreich verhaftet war, die Kieler Entwicklung zu bestimmen, und nicht etwa als Vorsitzender des Soldatenrates, ist bezeichnend für die Einstellung und politische Linie dieses Mannes.

Der amtierende Gouverneur Souchon scheint dies gespürt zu haben, wenn er in einem Telegramm vom 7. November dem Reichsmarineamt zum Ausdruck bringt:

*„Ausübung der Gouverneursbefugnisse durch Abgeordneten Noske bietet einzige Aussicht, die Erhebung in ruhige Bahnen*

<sup>24</sup> vgl. Dähnhardt, S. 156.

<sup>25</sup> vgl. Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1978.



Revolutionäre Soldaten entfernen einem kaiserlichen Offizier die Schulterstücke. Die bei den Mannschaften verhafteten Offiziere des preußischen Militarismus waren Stützen der kaiserlichen Gesellschaft. Gegen die Macht des Offizierskorps richteten sich wichtige Forderungen der vom Soldatenrat aufgestellten 14 „Kieler Punkte“. Auf Dauer gelang es aber dem Soldaten- und dem Arbeiterrat nicht, die Macht der alten Militärs zu brechen. Das Foto stammt vermutlich nicht aus Schleswig-Holstein; diese Szenen könnten auch hier im Lande aufgenommen worden sein.

zu leiten. Meine Person dafür hinderlich. Bitte um Anerkennung dieser Auffassung der Lage.“<sup>26</sup>

Sozusagen als Gegenleistung der Wahl Noskes zum Gouverneur ließ sich Popp, nach vorheriger Absprache, an die Spitze der revolutionären Bewegung wählen. Er ging, wie er viel später feststellte, bei diesem Handel von der Überlegung aus, daß er im Soldatenrat als dem eigentlichen Träger der Macht die weitere Entwicklung weitgehend bestimmen könnte.<sup>27</sup>

Ob nun der versierte Politiker Noske den richtigen Blick für die Realitäten, das Gespür für die einflußreichere Position hatte, sei dahingestellt. Jedenfalls vertraute Noske eher den alten Institutionen des Kaiserreichs.

Auf die Idee, eben diese abzuschaffen – getreu der Ansicht, daß nicht die Auswechslung von Personen, sondern strukturelle Veränderungen nötig waren –, kam aber weder Popp, noch der gesamte Soldatenrat, der ja immerhin den preußischen Militarismus bekämpfen wollte.

Typisch für die Haltung von Noske war auch, daß er, nachdem er am 4. November um 19.30 Uhr auf dem Kieler Bahnhof eingetroffen war, seinen Aufenthaltsort nicht in das Gewerkschaftshaus legte, das gewissermaßen das Zentrum der Revolution darstellte, sondern in das Stationsgebäude der Marine. Noske dazu:

„Im Stationsgebäude, wohin ich mich begab, besprach ich mit dem Admiral Küsel und einigen anderen Offizieren die Sachlage. Von irgendeiner geregelten Arbeit in einem Zimmer des Gewerkschaftshauses konnte keine Rede sein.“<sup>28</sup>

Unter der Überschrift „Kopfloses Durcheinander“ beschreibt er die dortige Situation am 5. November.

„Der Soldatenrat sollte im Gewerkschaftshause tagen. Dorthin wandte ich mich. Von einem Soldatenrat oder einer sonstigen Leitung war jedoch keine Spur zu entdecken. In dem Hause summte und schwirrte es durcheinander wie in einem riesigen Bienenstock. Hunderte Menschen wollten Auskünfte haben. Niemand wußte Bescheid zu geben.“<sup>29</sup>

Dieses sicherlich auch persönlich von Noske gehaßte „Durcheinander“ ließ sich aber gar nicht verhindern, und selbstverständlich stimmten die so vertrauten Maßstäbe nicht mehr. Das geregelte „Oben und Unten“ geriet aus den Fugen, da einfache Soldaten revoltierten. Noske gehörte nicht zu ihnen, und zog daher die räumliche Distanz zur Revolution vor.

Bernhard Rausch beschreibt die Situation im Gewerkschaftshaus:

„Das große Kieler Gewerkschaftshaus war im Nu zu einer lauten Kaserne geworden, in der es von fröhlichen Blaujacken wimmelte. In den stillen Räumen und Versammlungssälen, in denen früher nur die Waffen des Geistes geschärft worden waren, rasselten jetzt Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinengewehre und Munition, womit die Matrosen ausgerüstet wurden, die noch nicht bewaffnet waren. Und in den Bureauräumen, in denen jahrelang ein stiller Bienenfleiß fein säuberlich gebaut hatte, und in denen sich jetzt vorübergehend allerhand Komitees einnisteten, herrschte bald ein geniales Durcheinander von

<sup>26</sup> Souchon, BA-MA, F 4076/64917, zitiert nach Dähnhardt, S. 113.

<sup>27</sup> ebenda

<sup>28</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 18.

<sup>29</sup> ebenda, S. 15.



Zetteln, Kaffeetassen, Schreibmaschinen, Waffen, so daß sich manch alter ehrlicher Klassenkämpfer bedenklich hinter den Ohren kraulte.“<sup>30</sup>

Ganz anders dagegen Lothar Popp. Enthusiastisch beschreibt er den Beginn dieses Tages:

„Als wollte die Natur mitfeiern, ging hell die Sonne am 5. November hoch, brach ihre Strahlen in dem leuchtenden Rot der Fahnen, die von allen Türmen und Schiffen wehten.“<sup>31</sup>

Popp befürwortet auch die am gleichen Tage stattfindende Versammlung auf dem Wilhelmplatz und äußert in seiner Rede die Hoffnung,

„daß diesmal der Bewegung ein voller Erfolg beschieden sei, wenn auch nicht sofort, da die anderen Völker jetzt im Siegestaumel vielleicht noch zauderten, aber in absehbarer Zeit werde, durch unser Beispiel angespornt, die arbeitende Bevölkerung der ganzen Welt ihre historische Aufgabe erkennen und erfüllen“.<sup>32</sup>

Noske hingegen will von Demonstrationen und Revolutionen nichts wissen.

„Zu 1 Uhr mittags war wieder eine große Demonstrationsversammlung auf dem Wilhelmplatz angesagt, in der Bericht erstattet werden sollte. Kurz vorher setzte ein heftiger Regen ein, den ich deswegen begrüßte, weil zu erwarten war, daß er eine Anzahl von Leuten von der Straße vertreiben würde. Ich erinnerte mich, irgendwo gelesen zu haben, daß eine Revolution noch in den seltensten Fällen gemacht worden sei, wenn die Leute einen Regenschirm brauchten. Der Zuzug zum Wilhelmplatz war aber ungeheuer, trotz der schlechten Witterung. Der weite Platz war mit Tausenden und Abertausenden von Blaujacken bedeckt. Sie kamen aus den verschiedenen Kasernen, zum Teil mit Musikkorps und großen roten Fahnen.“<sup>33</sup>

Wie groß allerdings die Unsicherheit der beiden unabhängigen Sozialdemokraten Popp und Artelt war, zeigte sich gerade in dieser Versammlung auf dem Wilhelmplatz, in der Noske auf ihren Vorschlag als Vorsitzender des Soldatenrates bestimmt wurde.

Diese unterschiedlichen Geisteshaltungen von Popp und Noske, die sich gemeinsam im Soldatenrat zusammenfanden, ja nach Popp's Aussagen sogar „... eine völlig einheitliche Auffassung über die Stellungnahme zur Revolution...“ erzielten, führten oftmals aber in der Beurteilung der Situation und in ihren Forderungen grundsätzlich zu anderen Ansichten. Am 6. November hatte sich nach Popp's Einschätzung eine gewisse Resignation ausgebreitet, da man in Kiel noch keine Reaktionen aus anderen Städten über die Ausbreitung der Revolution bekommen hatte. Zu diesem Zeitpunkt gab Noske auf einer Vertrauensmännersitzung die Bedingungen der Regierung bekannt. Er versuchte dabei, die Anwesenden zu bewegen „sobald wie möglich wieder zu einem ordnungsmäßigen Zustand zurückzugelangen“, da zum einen die Bewegung in Kiel isoliert wäre und zum anderen auch die Regierung in Berlin Ruhe und Ordnung benötige, um die anstehenden Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden. Ja, Noske sprach sogar den

<sup>30</sup> Rausch, S. II-19, vgl. auch Popp, S. III-22.

<sup>31</sup> Popp, S. III-23.

<sup>32</sup> Popp, S. III-24.

<sup>33</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 17.

<sup>34</sup> Popp, S. III-27.

<sup>35</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 23.

<sup>36</sup> Popp, S. III-25.

<sup>37</sup> ebenda, S. III-26.

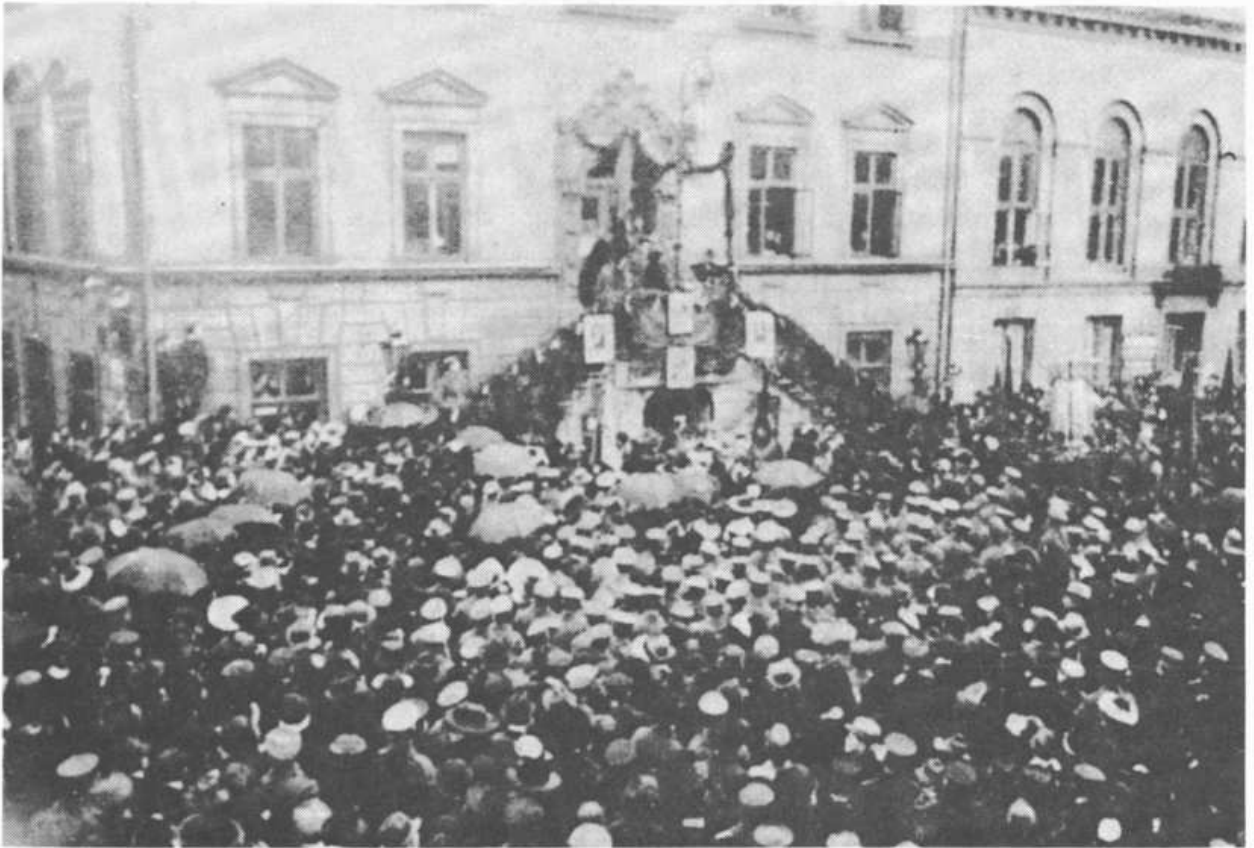
<sup>38</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 25.

Gedanken aus, „unter welchen etwaigen Voraussetzungen der Kieler Meuterei, die ich persönlich auf das schärfste verurteilte, ein Ende zu machen sei“<sup>35</sup>. Diese Beurteilung der Situation wurde von den anwesenden Vertrauensleuten nicht geteilt, und Popp weist darauf hin, daß er und Garbe, der Vorsitzender des Arbeiterrates war, noch Zeit gehabt hätten, daß es sogar ihre Aufgabe sei

„... die Hochhaltung unserer Bewegung zu versuchen, die Ausbreitung derselben herbeizuführen. Nicht die Regierung hat Bedingungen zu stellen, sondern wir.“<sup>36</sup>

Die Ausführung des Vorschlages, die Revolution mit von Flugzeugen abgeworfenen Flugblättern weiterzuführen, konnte Noske durch energischen Widerspruch verhindern.

Einige Stunden später traf eine Abordnung aus Rendsburg ein, die verkündete, daß sich dort ein Soldatenrat gebildet hatte. Weitere Meldungen erhielten die Matrosen aus Flensburg, Lübeck, Schleswig, Schwerin, Cuxhaven, Brunsbüttel, und in der Nacht wurde gemeldet, daß über Hamburg die roten Fahnen wehten.<sup>37</sup>



Itzehoe in den Revolutionsmonaten: Kundgebung vor dem Rathaus. Auch hier hatte sich, wie in fast allen größeren Ortschaften Schleswig-Holsteins, im Anschluß an die Kieler Ereignisse ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet – RS (Foto Stadtarchiv Itzehoe).

Noske erkannte nun sehr schnell, daß mit der Wiederherstellung alter Verhältnisse nicht zu rechnen war, daß es nun darauf ankam, durch einen entschlossenen Schritt nach vorn seinen Einfluß nicht zu verlieren.

„Es war uns klar, daß nun die revolutionäre Bewegung unaufhaltsam vor sich gehen würde. Da war ein Lavieren nicht mehr am Platze, sondern es hieß die Zügel fest in die Hand nehmen“, wie er selbst 1920 ausdrückte.<sup>38</sup>

Noch am gleichen Tage, dem 7. November, ließ sich Noske

zum Gouverneur wählen. Nach vorheriger Vereinbarung in einer der üblichen Besprechungen, in der sich Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen zu gleichen Teilen zusammenfanden, wurde er in einer Versammlung der Vertrauensleute von Popp vorgeschlagen und gewählt. Popp selbst wurde zum Vorsitzenden des Soldatenrates bestimmt. Noske über seine Wahl:

*„Kurz und nachdrücklich erklärte ich, daß Voraussetzung für die Übernahme der Geschäfte durch mich sei, daß absolut auf Ordnung gehalten werde, und daß unter allen Umständen meinen Anweisungen, die durch den Soldatenrat kontrolliert würden, Folge geleistet werden müsse. Auch diese Erklärung fand stürmische Zustimmung. Die Versammlung ließ ich weiter tagen, da wieder eine uferlose Debatte einsetzte, und fuhr allein nach dem Stationsgebäude.“<sup>39</sup>*

Welch ein hohes Vertrauen besaß doch Noske unter den Soldaten. Klare Anweisungen, mit der Autorität eines Reichstagsabgeordneten vorgetragen, fanden in diesen Tagen sofortige Zustimmung. Noch in der vorausgegangenen Besprechung hatte sich Noske der Ausrufung Schleswig-Holsteins zur Republik erfolgreich widersetzt und dem Kieler Arbeiterrat lediglich zugestanden, sich als provisorische Leitung zu etablieren.

Aber die Wahl Noskes zum Gouverneur war auch ein ungeheurer Fortschritt, ja, bedeutete einen totalen Bruch mit den Verhältnissen vor dem 3. November.

*„Zum ersten Mal wohl in der Weltgeschichte“<sup>40</sup> hatte ein Zivilist ein militärisches Kommando übernommen. Der Repräsentant des Kaisers war durch einen Vertreter des Parlaments abgelöst worden. „Der Wandel vom Kaiserreich zur Republik wurde in Kiel am 7. November vollzogen.“<sup>41</sup>*

Diese positive Einschätzung des Erreichten wurde von Noske selbst zunichte gemacht. Denn in seiner Funktion als Reichswehrminister sorgte er für die Einsetzung eines Offiziers im Amt des Gouverneurs bzw. des Stationschefs der Marine in Kiel. Dabei zog Noske sich die Gegnerschaft der Kieler Sozialdemokraten zu. Schon Anfang Januar 1919 war es um die Neubesetzung des Gouverneursposten zwischen Reichsmarinamt und Soldaten- und Arbeiterrat zum Streit gekommen. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, Gustav Garbe, konnte sich gegen den Konteradmiral durchsetzen. Mit der Aufhebung des Belagerungszustandes im Februar wurde die Funktion des Gouverneurs, wie sie durch die Person des Stationschefs zur Kontrolle der Zivilverwaltung während des Krieges ausgeübt worden war, wieder abgeschafft und Garbe damit praktisch amtsenthoben. Am 6. März 1919 kam es zu einer Besprechung zwischen den gegnerischen Parteien. Die vier Vertreter des Kieler Soldatenrats und Gouverneur Garbe bestanden darauf, daß *„das letzte Wort... nicht der Offizier haben“* dürfe, sondern ein *„politisch geschulter Leiter“*<sup>42</sup>.

Noske hingegen war der Ansicht, daß für militärische Angelegenheiten Offiziere die Verantwortung übernehmen mußten. Als Kompromiß wurde die Position des Zivilgouverneurs für Garbe geschaffen. Doch mit dem im Juni 1919 erlassenen Ge-

<sup>39</sup> ebenda, S. 25 f.

<sup>40</sup> ebenda, S. 26.

<sup>41</sup> Dähnhardt, S. 116.

<sup>42</sup> BA - MA, F 2047/66/91, zitiert nach Dähnhardt, S. 146.



Ende November, Anfang Dezember 1918. Truppenbesichtigung Noskes bei der „Waldschänke“. Gustav Noske, der am 7. 11. 1918 Gouverneur geworden war, hielt es für notwendig, mit dem kaiserlichen Offizierskorps zusammenzuarbeiten. Die Rätebewegung war ihm suspekt, da er ein vermeintliches „bolschewistisches Chaos“ befürchtete und in den Räten keine Instrumente für eine Demokratisierung sehen konnte und nicht wollte. Hier besichtigt er eine Marinebrigade (?) in der Wiek vor der „Waldschänke“, einem damals noch in ländlicher Abgeschlossenheit liegenden Ausflugslokal. Die Gaststätte besteht noch heute, wenn auch äußerlich verändert in der Projensdorfer Straße Nr. 232 in Kiel – RS (Foto: Stadtarchiv Kiel).

setz über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine wurde dieses Amt endgültig aufgehoben. Garbe war also sukzessive ausgeschaltet worden.

Hatte der Kieler Gewerkschaftsvorsitzende noch zu Beginn des Novembers versucht, die Matrosen zu behindern, von ihnen gefordert, die geplante Demonstration um Tage zu verschieben<sup>43</sup>, so stand er nun an der Spitze derjenigen, die die Errungenschaften der Revolution verteidigten, allerdings erfolglos gegen das von Noske unterstützte Militär. Denn während der Reichswehrminister die Absetzung Garbes betrieb, befürwortete er gleichzeitig die Einrichtung eines Freikorps in Kiel unter Führung des Korvettenkapitäns Wilfried von Loewenfeld. Diese 3. Marinebrigade gehörte zum System der Freikorps, auf die sich Noske und mit ihm die MSPD-Regierung später stützten, um den sogenannten Spartakus-Aufstand in Berlin und andere Erhebungen der Arbeiter im Reich niederzuschlagen. Der Protest des Kieler Obersten Soldatenrates und auch Garbes, der persönlich bei Noske in Weimar vorsprach, war zwecklos. Noske unterstützte die Truppeneinheiten aus Offizieren und Deckoffizieren und nicht die republikanische „revolutionäre Sicherheitstruppe“, die er für eine mögliche „Sammlung von Kieler Arbeitslosen“ hielt. Außerdem bezweifelte er, „daß eine ‚rote‘ Truppe etwas wert sein würde“<sup>44</sup>.

Schon längst bestimmten die Verhältnisse in der Hauptstadt und im Reich die politische Zukunft der Republik – auch in Kiel.

Mit dem oben erwähnten Gesetz über die Bildung einer Reichsmarine wurde die Auflösung der Soldatenräte befohlen.



Im Frühjahr war die Kommandogewalt der Offiziere wieder hergestellt worden. Alle Proteste verhallten ungehört. Die Volks-Zeitung erschien mit dem Titel: „Begräbnis der Soldatenrechte“<sup>45</sup>.

Auch der Niedergang des Arbeiterrates vollzog sich ohne großen Widerstand. Im September 1919 gab der konservative Kieler Oberbürgermeister bekannt, daß der Magistrat „die Kontrolle der städtischen Verwaltung durch den Arbeiterrat für entbehrlich“ hielt und daher für dessen Auflösung sei.<sup>46</sup> Nach entsprechendem Protest handelte die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten die Einstellung einer Person aus ihren Reihen zum besoldeten Stadtrat aus und fügte sich der Anordnung.

Schon vorher war es gelungen, den Posten des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein mit einem Mitglied der MSPD zu besetzen.

Insgesamt muß aber festgestellt werden, daß ein Jahr nach Beginn der revolutionären Erhebung die wichtigsten Träger der Macht des Kaiserreiches, das Militär und die Stadtverwaltung, in Kiel ihre Position wieder festigen konnten; die von der Revolution hervorgebrachten Institutionen, Soldatenrat und Arbeiterrat, existierten nicht mehr. Der Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar 1919 war gleichzeitig das Ende der Rätebewegung. Auch in Kiel gaben sich die Sozialdemokraten mit dem erreichten Ergebnis einer parlamentarischen Demokratie zufrieden.

Der von den Mehrheitssozialdemokraten und später auch von der „Weimarer Koalition“ angestrebten Verbindung mit den alten Machteliten des Kaiserreichs stand eine starke Abgrenzung gegen alle links von der MSPD stehenden Kräften gegenüber. Gustav Noske ist dafür ein Paradebeispiel. Seine Angst vor dem „bolschewistischen Chaos“ ließ ihn auch 1947 noch folgendermaßen urteilen:

„Von Kiel aus wäre, wenn ich die rote Sturmflagge ergriffen und vorangetragen hätte, eine Flut über Deutschland hinweggebraust, deren Ausmaß man sich heute kaum ausdenken kann.“<sup>47</sup>

Und weiter unten über den Aufbau der konterrevolutionären Freikorps:

„Statt dessen schuf ich das Instrument, mit dem der Bolschewismus niedergeschlagen wurde.“<sup>48</sup>

Noske hielt sich damit konsequent an die Grundsätze seiner Partei. Was diese unter dem Begriff „Revolution“ verstand, schilderte er, einen Tag bevor er in die Ereignisse in Kiel eingriff, auf einer großen Versammlung der MSPD in Braunschweig:

„Eine gewaltsame Revolution hatte die deutsche Sozialdemokratie stets abgelehnt. Der Sozialdemokrat nannte sich stolz einen Revolutionär, und die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die völkerbefreiende, revolutionäre Sozialdemokratie. Doch wurde der Gedanke an Gewaltanwendung zurückgewiesen und nur die Revolutionierung der Köpfe erstrebt, um politische und wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen.“<sup>49</sup>

Dagegen sind die Äußerungen der Unabhängigen Sozialde-

<sup>43</sup> vgl. Dähnhardt, S. 63.

<sup>44</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 51.

<sup>45</sup> VZ Nr. 130 b. 6. 6. 1919, zitiert nach Dähnhardt, S. 152.

<sup>46</sup> StadtA Kiel, Nr. 28525, zitiert nach Dähnhardt, S. 149.

<sup>47</sup> Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach-Main, 1947, S. 71.

<sup>48</sup> ebenda, S. 72.

<sup>49</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 7 f.

mokraten in Kiel geradezu als naiv zu bezeichnen. Vielleicht fanden sie daher nur wenig Gehör unter den Kieler Arbeitern, die statt sozialer Revolution à la Marx eher soziale Reformen und größeren politischen Einfluß à la Lassalle bevorzugten.<sup>50</sup>

Noch in seiner Schrift vom Dezember 1918 veröffentlichte Popp das von ihm als Vorsitzenden des Soldatenrates und Garbe als Vorsitzenden des Arbeiterrates unterschriebene Telegramm vom 9. November „in die Welt“. Darin heißt es: „Die politische Macht liegt in Deutschland in den Händen der Arbeiter und Soldaten.“<sup>51</sup> Ende des Jahres entsprach dies natürlich nicht mehr den Realitäten. Popp selbst hatte ja schon seine Arbeit im Soldatenrat aufgegeben. Mit revolutionärem Pathos formuliert er am Ende seiner Schrift die Forderung:

*„Möge jeder die Zeichen der Zeit erkennen. Ihr aber, Proletarier der ganzen Welt, erkennt eure Mission. Zerschlagt endlich eure Ketten. Sie zerschlagen so leicht, wenn ihr nur wollt. Stimmt mit ein in den Ruf: ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch.‘ Laßt zur Tat werden die sozialistische Welt!“<sup>52</sup>*

<sup>50</sup> Der am 16. März 1919 neugewählte Arbeiterrat setzte sich folgendermaßen zusammen: zu den 15 Vertretern der MSPD kamen nur 4 der USPD, die restlichen 11 Personen kamen vom Beamtenbund, dem Angestellten-Kartell und dem Zentrum. Dähnhardt, S. 149.

<sup>51</sup> Popp, S. III-29.

<sup>52</sup> Popp, S. III-30.